gung des Landes als durch die frühere Regierung gestatte? Warum man nicht die Mörder des früheren Kriegsministers ermittelt und warum er den Vertuschungsversuchen gegenüber geschwiegen habe. Zum Schluß heißt es: Das Offizierkorps werde nicht dulden, daß das Interesse des Landes zum Spielballe einer Handvoll habsüchtiger Leute werde. Es empfiehlt dem Großwesir zum letzten Male, die Leitung der Geschäfte vertrauenswürdigen Personen zu überlassen. — Das Memorandum ist von etwa 3000 Offizieren unterzeichnet worden.

Zum bulgarisch-griechischen Zwischenfall.

Die Meldung über das Gefecht zwischen Bulgaren und Griechen bei Nigrita wird in einer Londoner Darstellung dahin ergänzt, daß die Bulgaren den Griechen 48 Stunden Zeit gegeben hätten. Nach Ablauf dieser Frist sollte den Bulgaren gestattet sein, in das Städtchen einzumarschieren, oder der Kampf sollte über dessen Besitz entscheiden. Die Bulgaren begannen den Angriff jedoch schon nach 22 Stunden. Sie waren zwei Eskadrons, vier Kruppgeschütze und 600 Bajonette stark. Die Griechen zählten noch mehr, hatten aber nur Infanterie. Die Bulgaren haben jetzt das rechte Ufer des Flusses bei Nigrita besetzt. Von Saloniki sind griechische Truppen, sowie Artillerie zur Verstärkung der Garnison nach Nigrita entsandt worden.

Bulgariens Haltung gegenüber seinen Verbündeten

fand eine interessante Beleuchtung in einer Debatte in der Sofioter Sobranje gelegentlich der Erörterung über die bereits gemeldete Erklärung des Ministerpräsidenten Geschow. Die oppositionellen Führer verurteilten in kraftigen Worten die Haltung der Griechen und Serben, die eine Eroberungspolitik zum Nachteile der Bulgaren verfolgten, die sie durch allerlei Belästigungen und Gewalttätigkeiten zu entnationalisieren trachteten. Das anfängliche Ziel des Balkanbundes und des Krieges habe territorialen Eifersüchteleien Platz gemacht. Der Balkanbund befinde sich daher infolge der bei den Verbündeten entfesselten chauvinistischen Leidenschaften in Gefahr. Angesichts dieser Haltung der Verbündeten müsse die Regierung die Interessen der Nation energisch verteidigen. Verschiedene Redner verurteilten die Politik der Regierung in dem rumänisch-bulgarischen Streitfalle und erklärten, die Forderungen der Rumänen trügen geradezu den Charakter einer Erpressung an, zumal sie ganz unbegründet seien. Die von Rumänien in Anspruch genommenen Gegenden seien der Mehrheit nach von Bulgaren und einer türkischen Minderheit bevölkert, aber nicht von Rumänen. Da Bulgarien auf die Dobrudscha endgültig verzichtet habe, um die Freundschaft Rumäniens zu besitzen, sei es zu der Erwartung berechtigt, daß Rumänien selbst den Wert der Freundschaft Bulgariens schätzen werde, ohne irgendeinen Landerwerb anzustreben. Der Führer des Landwirteverbandes erklärte, Saloniki sei ein Hafen für ganz Mazedonien, sogar für Sofia, und könne keineswegs an Griechenland fallen.

Diese Verurteilung der Haltung Rumäniens in der bulgarischen Kammer erfährt eine interessante Ergänzung durch folgende weitere Sofioter Meldung: Ministerpräsident Geschow und Dr. Danew empfingen in der Sobranje eine aus 700 Personen bestehende Abordnung aus verschiedenen Bezirken, die gegen die Abtretung bulgarischen Bodens an Rumänien protestierten und bei der Regierung darauf dringen wollten, sie möge nicht gestatten, daß Rumänien von dem bulgarischen Grenzgebiete Besitz ergreife. Geschow und Dr. Danew gaben den Abgeordneten gegenüber die Versicherung ab, die Regierung werde die Großmächte weiterhin über die Nichtberechtigung der rumänischen Ansprüche aufklären und alles tun, was Bulgarien vor einer Amputation bewahren könne. Wie verlautet, werde der Protest der Bevölkerung den Vertretern der Großmächte überreicht werden. Dr. Danew wird Dienstag nach Petersburg abreisen.

Von einer Entspannung zwischen Rumänien und Bulgarien ist danach noch keine Rede.

Die neuesten Meldungen lauten:

Die neuen Vorschläge der Mächte.

Wien. (Priv.-Tel.) Nach einer Meldung der „Polit. Korresp." aus Sofia befassen sich die Mächte mit dem Entwurf einer neuen Grundlage für die Friedensverhandlungen. Die Bekanntgabe dieses Vorschlages an die Balkanstaaten und an die Türkei sei in Kürze zu erwarten.

Das Schicksal Skutaris.

Wien. (Priv.-Tel.) Aus Petersburg wird zuverlässig bestätigt, daß zwischen der Wiener und der Petersburger Diplomatie ein vollkommenes Einverständnis über das Schicksal Skutaris erzielt worden ist.

Kein Sturmangriff auf Adrianopel.

Sofia. (Priv.-Tel.) Die bulgarische Regierung soll vertrauliche Nachrichten erhalten haben, daß Adrianopel in längstens Wochenfrist kapitulieren müsse. Die Mitteilung wurde absichtlich nicht veröffentlicht, um nicht ein Dementi durch den Lauf der Ereignisse selbst zu riskieren; doch soll darauhin der Plan eines Sturmangriffes auf die Festung endgültig aufgegeben worden sein, um unnütze Opfer zu vermeiden.

Die Cholera in Konstantinopel.

Konstantinopel. (Priv.-Tel.) Amtlich wurden hier zwei Cholerafälle und ein choleraverdächtiger Fall festgestellt.

Die Besetzung von Samos.

London. (Priv.-Tel.) Ueber die Besetzung von Samos wird den „Times" aus Athen gemeldet, daß der Kreuzer „Spetzai" und zwei Torpedobootzerstörer die Transportdampfer begleiteten, die die griechischen Abteilungen nach Samos zu bringen hatten. Die Griechen wurden in Vathy gelandet und besetzten sofort alle wichtigen Punkte der Insel.

*

Bückeburg. Durch die Presse ging in der letzten Zeit die Meldung, daß Prinz Moritz von Schaumburg-Lippe für den Thron Albaniens als Kandidat in Frage komme. Von einer derartigen Kandidatur ist an hiesiger zuständiger Stelle nichts bekannt.

Drahtmeldungen

vom 17. März.

Die Rüstungsforderungen und ihre Deckung.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die „Tägl. Rundsch." bemerkt zu Ausführungen der sozialdemokratischen „Neuen Zeit" über Militärvorlagen und Deckungsfrage: Die Sozialdemokratie würde für eine Erbschaftssteuer stimmen, auch wenn deren Ertrag von vornherein für die Deckung der Militärvorlagen, also für das ihr Verhaßteste, bestimmt wäre. Freilich beziehen heute, wo die Zweifel darüber beseitigt sind, wohl auch keine Zweifel mehr darüber, daß die Regierung eine solche Gewährung aus den Händen der Sozialdemokratie nicht entgegennehmen würde, weil sie durchaus nicht auf dem Non-olet-Standpunkte jener römischen Kaiser steht.

Köln. (Priv.-Tel.) Auf dem gestern in Gelsenkirchen abgehaltenen Zentrumsparteitag erklärte Abg. Trimborn zu der neuen Wehrvorlage, zur Deckung der laufenden Ausgaben dürften keine neuen Steuern auf den Massenkonsum gelegt werden. Die Regierung müßte es vermeiden, durch Aufrollung der Frage der Besteuerung des Erbes der Witwen und Kinder den Streit unter den bürgerlichen Parteien zu entfachen. Zur Bewilligung der einmaligen Vermögensabgabe würden sich die Parteien wahrscheinlich schnell zusammenfinden.

Auskunftsstelle für verabschiedete Offiziere.

Berlin. (Priv.-Tel.) Am 1. April d. J. wird im Kriegsministerium versuchsweise eine Auskunftsstelle errichtet werden, die den verabschiedeten Offizieren bei der Wahl eines neuen Berufs mit Rat und Tat zur Seite stehen soll.

Hebbels 100. Geburtstag.

Berlin. (Priv.-Tel.) Zum morgigen 100. Geburtstag Hebbels wird im Königl. Schauspielhause der zweite Teil der „Nibelungen" aufgeführt. Das Theater in der Königgrätzer Straße gibt „Herodes und Mariamne", das Schiller-Theater in Charlottenburg „Gyges und sein Ring", die Kammerspiele bieten am Donnerstag eine Aufführung von „Maria Magdalene".

Die Kunstausstellung Düsseldorf 1913.

Düsseldorf. (Priv.-Tel.) Die Kunstausstellung Düsseldorf 1913 wird am 3. Mai eröffnet. Einen großen Teil der Ausstellung wird eine Raumkunstausstellung einnehmen. Die Kunstzentren Deutschlands werden sämtlich vertreten sein, ferner vom Auslande die Städte Wien, Paris, Brüssel und London.

Eine einmalige Vermögensabgabe in Italien?

Mailand. (Priv.-Tel.) Der Exschatzminister Luzatti bespricht im „Corriere della Serra" die Finanzbedürfnisse Italiens und den Gedanken der Erhebung einer einmaligen Steuer nach dem Muster der deutschen Milliardenkontribution. Er befürwortet jedoch für Italien die Einführung einer außerordentlichen, lediglich die besitzenden Klassen treffenden fortlaufenden Steuer.

Beamtenmangel in Frankreich.

Paris. (Priv.-Tel.) In den staatlichen Bureaus Frankreichs macht sich seit einigen Jahren Beamtenmangel bemerkbar. Die Zahl der Bewerber um freiwerdende Stellen in der Verwaltung sinkt dauernd. Die Zahl der Beamten im Unterrichtsministerium ist von 212 auf 196 reduziert worden.

Einberufung des amerikanischen Kongresses.

Washington. Präsident Wilson hat durch eine Proklamation den Kongreß zu einer außerordentlichen Tagung auf den 7. April einberufen.

Halle a. d. Saale. (Priv.-Tel.) Der Streik der Saale-Schiffer darf als gescheitert gelten. Der Schleppbetrieb ist seit heute wieder voll im Gange.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der Generalagent Rudolf Schwarz, der Posener Vertreter des Norddeutschen Lloyd und anderer großer Gesellschaften, der nach bedeutenden Unterschlagungen und Fälschungen geflüchtet war, ist heute in Danzig verhaftet worden.

Paris. (Priv.-Tel.) Der Flieger Eugen Mercier stürzte gestern auf dem Flugplatze von Ambérieu ab und blieb auf der Stelle tot.

Berlin, 17. März. Der Aufsichtsrat der Vereinigten Lausitzer Glaswerke, A.-G., beschloß, der auf den 5. April einzuberufenden Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 25 % (wie im Vorjahre) vorzuschlagen. Der ausgewiesene Reingewinn beläuft sich auf 1 396 815 M. (gegen 1 272 296 Mark im Vorjahre).

Frankfurt a. M. (Schluß, abends.) Credit 201½. Disconto 188½. Dresdner Bank 153. Staatsbahn 152¾. Lombarden 23⅞. Laura 171½. Schwach.

Paris. (3 Uhr nachmittags.) 3 % Rente 88,07½. Italiener 96,12½. Spanier 92,00. 4 % Türken unifiz. 87,90. Lombarden 117. Gebessert.

Paris. (Produktenmarkt.) Weizen per März 28,10, per Juni-August 27,25, fest. — Rüböl per März 70,75, per September-Dezember 68,50, stetig. — Spiritus per März 42,37½, per September-Dezember 42, ruhig.

London. (Müllermarkt.) Ausländischer Weizen ruhig. Englischer Weizen ruhig. Amerikanischer Mais fest, aber ruhig. Donauer Mais flau, 1½ d niedriger. Amerikanisches Mehl ruhig, aber stetig. Englisches Mehl ruhig. Gerste ruhig. Hafer träge.

Oertliches und Sächsisches.

— Se. Majestät der König nahm gestern die Vorträge der Herren Staatsminister entgegen.

— Ihre Königl. Hoheiten Prinz und Prinzessin Johann Georg besuchten gestern das Königl. Kunstgewerbemuseum, wobei die Ergebnisse des Wettbewerbs zur künstlerischen Hebung holzgeschnitzter und bemalter Krippen- und Weihnachtsfiguren eingehend besichtigt wurden.

— Dem in den Ruhestand tretenden Oberlehrer am Frhrl. v. Fletcherschen Seminare in Dresden-N. Professor Florens Schleinitz wurde das Ritterkreuz 1. Klasse vom Albrechtsorden verliehen. — Der König hat genehmigt, daß der Rittergutsbesitzer Pagenstecher auf Steinbach bei Borna den preußischen Roten Adlerorden 4. Klasse und der Kammerjunker v. Carlowitz-Hartitzsch auf Oberfohland a. R. die vom Kaiser mit der Ernennung zum Ehrenritter des Johanniterordens verbundenen Abzeichen annehmen und tragen.

— **Todesfall.** Am Sonntag mittag verstarb auf Schloß Tunzenberg, Post Mengkofen (Niederbayern), die Witwe des vormaligen bayrischen Gesandten in Dresden, Freifrau v. Riethammer, geb. v. Flotow.

— **Oberjustizrat Dr. Körner,** der, wie alljährlich zu Ostern, auch diesmal einen vierzehntägigen Erholungsurlaub angetreten hatte, ist seit dem 13. d. M. verschwunden. Wie man annimmt, hat sich am vergangenen Donnerstag Herr Dr. Körner von seinem Hotel in Lindau nach der Post begeben, um ein Telegramm abzusenden; seit dieser Zeit ist er nicht mehr gesehen worden. Da sich die Koffer und ein größerer Geldbetrag im Hotel vorgefunden haben, so kann man nur annehmen, daß dem Vermißten ein Unfall zugestoßen ist; die geschäftlichen Angelegenheiten des Herrn Oberjustizrats Dr. Körner befinden sich in bester Ordnung.

— **Die Genehmigung einer Geldlotterie für die Iba Leipzig 1913** ist, wie wir gestern kurz meldeten, von dem Königl. Sächs. Finanzministerium versagt worden. Das Ministerium vertritt den Standpunkt, daß durch die Zulassung derartiger privater Geldlotterien eine sehr fühlbare Konkurrenz für die Königl. Sächs. Landeslotterie entstanden ist, und es sieht sich infolgedessen veranlaßt, alle Gesuche um Genehmigung privater Geldlotterien, sofern ihr Erträgnis nicht wohltätigen Zwecken zugute kommt, ohne weiteres abschlägig zu bescheiden. Der Genehmigung einer Sachlotterie für die Internationale Baufach-Ausstellung Leipzig 1913 würde dagegen nichts im Wege stehen. — Angeregt durch den glänzenden finanziellen Erfolg der Geldlotterie der Internationalen Hygiene-Ausstellung Dresden 1911, die rund 650 000 Mark Reingewinn aus den 18 Serien erbrachte, hofften nun auch die Leipziger sich eine solche reiche Goldquelle erschließen zu können. Die Verhältnisse bei der Hygiene-Ausstellung lagen aber doch anders, wie jetzt bei der Iba. Zunächst war in Dresden die Art der Lotterie absolut neu und noch nicht erprobt, und niemand konnte ahnen, daß dieser eigenartige Modus einen solchen geradezu phänomenalen Anklang beim Publikum finden würde. Man bedenke, 1 800 000 Mark sind für Lotterielose von den Besuchern verausgabt worden, trotz der Verkaufsbeschränkung auf das Ausstellungsgelände. Daß bei einem solchen Riesenumsatz, der ja die Spielwut weitester Kreise des Volkes im hellsten Lichte erscheinen läßt, der Staat eine Abnahme des Interesses für seine eigene Klassenlotterie befürchtet, ist verständlich. Das Ministerium hat denn auch die zweite Million Lose Ende Juli 1911 der Hygiene-Ausstellung nur äußerst ungern bewilligt, und zwar nur unter dem Eindruck der Tatsache, daß die Einstellung des Lotteriebetriebes bereits in der ersten Hälfte der Ausstellung einen sehr ungünstigen Eindruck bei dem Fremdenpublikum hervorgerufen hätte. Daß der Staat „ganz ausnahmsweise" die Geldlotterie der IHA überhaupt zuließ, lag daran, daß der Ausstellung ganz bedeutende, den Voranschlag bei weitem überschreitende Mehrkosten allmählich erwachsen waren, welche die Gefahr eines Defizits und damit die Inangriffnahme der 200 000 Mark betragenden Staats-Garantiesumme in bedenkliche Nähe rückten — auf diese Garantie verzichtete übrigens das Ausstellungsdirektorium endgültig, als die Regierung die zweite Million Lose bewilligt hatte. — Die IHA war wider Erwarten weit über ihren ursprünglichen Rahmen hinausgewachsen, die durch den Brüsseler Ausstellungsbrand verschärften feuerpolizeilichen Bestimmungen hatten gewaltige Mehrsummen für den erhöhten Feuerschutz verschlungen, der unrentable Sportplatz erforderte fortgesetzt namhafte Zuschüsse, so daß alles in allem einige hunderttausend Mark mehr an Ausgaben erwachsen waren, wie man angenommen hatte. Die Regierung ist demnach bei der Genehmigung der Geldlotterie für die IHA von dem Prinzip ausgegangen, daß dies ein Ausnahmefall bleiben solle, der sich künftighin für andere Ausstellungen nicht wiederholen dürfe.

— **Dem Albertverein,** dessen Wirken im Dienste der Krankenpflege in ganz Sachsen als ein großer Segen empfunden wird, ist zur Förderung seiner humanitären Ziele vom Königlichen Ministerium die Veranstaltung einer Geldlotterie genehmigt worden. Lose der mit ansehnlichen Bargewinnen ausgestatteten Lotterie sind zum Preise von 1 Mk. in allen Losgeschäften zu haben, sowie bei der Hauptvertriebsstelle, dem Invalidendank in Dresden.

— **Schülerbeförderung auf den Sächsischen Staats-Eisenbahnen.** Im Bereiche der Sächsischen Staats-Eisenbahnen werden bekanntlich Schülerkarten für Schüler der höheren und niederen Schulen, der Handels-, Gewerbe- und Fortbildungsschulen usw. zum Besuche des Unterrichts ausgegeben. Außerdem werden Schülerkarten auch an erwachsene oder selbständige Personen zum Besuche von Fortbildungs-, Gewerbe- und Fachschulen verabfolgt, wenn der Unterricht lediglich die Ausbildung für einen künftigen Beruf oder Erwerb bezweckt. Für die Besucher von Universitäten und anderen Hochschulen, Akademien, Konservatorien und ähnlichen Anstalten werden solche Karten nicht ausgegeben, ebensowenig für Schüler zum Besuch des Elternhauses an schulfreien Tagen. Die Schülerkarten werden für die zweite und dritte Wagenklasse auf die Zeit von 1 bis zu 12 vollen Monaten für bestimmte, von dem Besteller zu bezeichnende Strecken entweder zur beliebigen Fahrt an allen Werktagen oder, wenn der Unterricht nur an bestimmten Tagen erteilt wird, zur beliebigen Fahrt an diesen Tagen, in beiden Fällen entweder zur Fahrt in beiden Richtungen oder zur Fahrt nur in einer Richtung ausgestellt. Die Gültigkeit der Schülerkarten, die zur Fahrt mit den fahrplanmäßigen Eil- oder Personenzügen (in Schnellzügen nur gegen Nachlösung von Schnellzugzuschlagskarten zum halben Preise) berechtigen, kann mit jedem beliebigen Tage beginnen. Ferner ist noch hervorzuheben, daß für Geschwister eines Schülers, für den eine Schülerkarte gelöst wird oder bereits gelöst ist, auf die Zeit der Gültigkeit jener Karte Schülerkarten zum halben Preise ausgegeben werden. Eltern, die für ihre die Schule besuchenden Kinder eine Schülerkarte zur Eisenbahnfahrt mit Gültigkeit vom neuen Schuljahr an bestellen wollen, werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Bestellung spätestens eine Woche vor dem Gültigkeitsbeginn der Karte bei der Fahrkartenausgabe einer ihrer Endstationen einzureichen und der Bestellung eine Bescheinigung des Schulvorstandes über den Schulbesuch beizufügen ist. Soweit es sich um Unterricht erwachsener oder selbständiger Personen handelt, hat sich die Bescheinigung des Schulvorstandes auch darauf zu erstrecken, daß der Unterricht lediglich die Ausbildung für einen künftigen Beruf oder Erwerb bezweckt.

— **Die Durchführung der Reitbahnstraße,** eine schon seit langem erörterte Frage, rückt ihrer Lösung näher. Seitens des Rats ist nämlich für den von dem Wiener Platze, der Carola-, der Sidonien- und der Prager Straße begrenzten Teil der Seevorstadt ein neuer Fluchtlinienplan entworfen worden, der besonders eine Erweiterung des Wiener Platzes und die Verlängerung der Reitbahnstraße bis zum Wiener Platze vorsieht. Der Planentwurf liegt vier Wochen lang bei dem Baupolizeiamt (Neues Rathaus, 1. Obergeschoß, Zimmer 122) zur Kenntnisnahme für jedermann aus.

— **Die Schrebergärten und das Luftbad** an der Williamstraße in Vorstadt Naußlitz wurden am gestrigen Montag wegen des Straßendurchbruchs beseitigt. Sie sollen nach der Hebbelstraße in Vorstadt Cotta verlegt werden.

— **Aufstellung der beweglichen Moldauwehre.** Mit Rücksicht auf Wasserstands- und Witterungsverhältnisse ist gestern mit der Aufstellung der beweglichen Moldauwehre begonnen worden; am 25. März wird bis auf 25—30 Zentimeter der volle Stau erreicht werden. Dieses langsame Stauen des Wassers in den Haltungen der Moldauwehre erfolgt mit Rücksicht auf den herrschenden niedrigen Wasserstand, um in der unteren Elbstrecke die Schiffahrt günstiger zu gestalten, und andererseits aus technischen Gründen die Instandhaltung des Lateralkanales Braman-Horin nicht ungünstig zu beeinflussen.

— **Rechtsauskunftstellen und Genossenschaften.** Durch eine umfassende Aufklärungsarbeit, durch Erstattung von Strafanzeigen und durch Erhebung von Zivilklagen hat bereits manchem Darlehnsschwindler der üblichen Sorte das Handwerk gelegt werden können. Aber immer neue Erscheinungen treten auf und erfordern sorgfältige Beachtung. Neuerdings wird versucht, durch Mißbrauch der genossenschaftlichen Firma Darlehnsschwindel zu betreiben. Genossenschaften erklären sich Darlehnsuchenden bereit, ihnen das gewünschte Darlehen nach Erlangung der Mitgliedschaft unter günstigen Bedingungen zu gewähren. Sie erreichen dann zumeist, daß das Eintrittsgeld bezahlt und mit den Abzahlungen auf das Geschäftsguthaben begonnen wird. Darlehnsgewährungen erfolgen zumeist nicht, und die Zahlungen an Eintrittsgeld und Geschäftsguthaben werden für Bemühungen, Ermittlungen usw. einbehalten. Die Form, in der Darlehnsuchende geschädigt werden, ist also etwas anders, etwas raffinierter, als bei den bisher bekannten Darlehnsschwindeln. Die Wirkung aber ist die gleiche, nämlich die Ausbeutung derer, die zumeist am allerwenigsten noch etwas entbehren können. Dabei können die Darlehnsuchenden noch von Glück sagen, wenn sie nicht mehr als ihre Einzahlungen verlieren. Wenn sie nämlich als Mitglieder aufgenommen sind und, wie es dieser Tage bei einer Genossenschaftsbank geschehen ist, das Konkursverfahren über die Genossenschaft eröffnet wird, laufen sie Gefahr, noch zu erheblichen Nachschüssen herangezogen zu werden. Man sieht, das Verfahren jener Schwindelgenossenschaftsbanken ist ganz besonders gefährlich und erfordert daher auch besondere Aufmerksamkeit und Beobachtung. Die gemeinnützigen Rechtsauskunftstellen (Geschäftsstelle Lübeck, Parade 1) und die gemeinnützigen